

PAUL LEVI

Opposition, Verantwortung und Regierung

Opposition

Die Sozialdemokratische Partei ist wieder in der Opposition. Es hat keinen Zweck zu verheimlichen, daß diese Tatsache, wie sie von der Mehrheit der Parteigenossen begrüßt, von einem Teil nicht weniger leidenschaftlich bedauert wird. Sie sehen das in Gefahr, was sie die »positive Arbeit« nennen, den Einfluß, der unmittelbar durch die Minister in der Regierung geltend gemacht werden kann. Und wir geben diesen Genossen sogar ohne weiteres recht: Trotz aller Hemmungen, die von unten ausgehen und die manche gute Absicht oben haben erstarren lassen, ist an sich die Möglichkeit, den Staatsapparat direkt zu beeinflussen, nicht gering zu achten. Selbst nicht im kapitalistischen Staat. Das sollte – es sei denn, daß er ganz Rußland verdammen will – auch kein Kommunist bestreiten. Denn eben in Rußland halten ja die Bolschewiki, die bewußt und absichtlich und mit großem Eifer die kapitalistische Basis der Wirtschaft ausbauen, mit allen Mitteln an der Staatsgewalt fest und an der Möglichkeit, so die kapitalistische Wirtschaft und die rechtlichen Formen, die sie gebiert, zu beeinflussen. Sie gehen noch weiter: Sie nennen diese staatliche Beeinflussung kapitalistischer Rechts- und Wirtschaftsformen Diktatur des Proletariats oder vielmehr haben sie bisher so genannt; es scheint uns nicht zufällig zu sein, daß Lenin in seiner Rede auf dem 4. Kommunistischen Weltkongreß¹ kein Sterbenswörtlein mehr davon sagt, sondern nur vom »Staatskapitalismus« spricht. Aber wie dem auch sei: Weder hier in Deutschland noch drüben in Rußland ist diese Möglichkeit staatlicher Beeinflussung das Wesen des Sozialismus. Hier wie dort ist das Wesen des Sozialismus Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung, und die Möglichkeit staatlicher Beeinflussung hebt diese Ausbeutung nicht auf: weder in Deutschland, wo sie trotz staatlicher Beeinflussung weiter besteht, noch in Rußland, wo sie dank staatlicher Beeinflussung wieder auflebt. Dieses Letzte bleibt hier wie dort bestehen; in diesem sozialen Verhältnis ist hier wie dort das Proletariat der schwächere, unterliegende, ausgebeutete Teil und zwingt das Proletariat in Oppositionsstellung zu dem Wesen, das – in Deutschland wie in Rußland – den Zweck der Sicherung der ökonomischen Ausbeutung hat: dem Staate.

Uns scheint aber weiter, daß die Genossen, die immer so ängstlich vom Hochplateau ihrer positiven Arbeit in den Abgrund nichtsnutziger Negation schauen, einem beträchtlichen Irrtum unterlaufen, wenn sie so ohne weiteres Opposition mit dem puren Neinsagen verwechseln. Wir stellen uns Opposition sehr erheblich anders vor als

Paul Levi – 1883-1930.
Siehe den Artikel von
Theodor Bergmann in
diesem Heft, 247 ff.

1 Der 4. Weltkongreß der
Kommunistischen Interna-
tionale fand Ende 1922 in
Moskau statt.

so, wie sie etwa die »Kommunisten« – nämlich das, was sich im Reichstag so heißt – betreiben; diese »schärfste«, »radikale« Opposition, die ihren Gipfel findet im absoluten Nein und die ihre starrste Folgerichtigkeit in dem Grade sieht, in dem sie ihre Reden mit Schimpfworten voll und von Gedanken leer macht, gleich als sei es schon Hochverrat an der proletarischen Sache, mit irgendeinem Gedanken dem bourgeoisen Staat zu nahen. In Wirklichkeit ist Opposition die Form, in der eine anders gerichtete soziale Schicht oder Klasse ihre Willensmeinung über jedes staatliche Problem faßt, indem sie mit der gefundenen Form um die Zustimmung der Mehrheit der Volksgenossen wirbt. So ist Opposition, selbst im bürgerlichen Staat und selbst von bürgerlichen Parteien, keine öde Negation und kein Verzicht auf politische Wirksamkeit. Wir glauben, daß in England kaum je ein Ministerpräsident sich als weniger nützlich und wirksames Instrument der staatlichen Willensbildung vorkam, wenn er von der Regierungs- zur Oppositionsbank übersiedelte. Schon da ist Opposition ein Gleichgeordnetes, politisch Lebensbejahendes. Dazu kommt aber bei jeder sozialistischen Partei noch ein anderes hinzu. Kann eine bürgerliche Opposition ihre Ziele im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklichen, so kann eine sozialistische das nicht ohne deren Umsturz; hat eine bürgerliche Opposition nur gegenwärtige politische Aufgaben, so hat eine sozialistische künftige, in eine oft weite Ferne hinweisende; hat eine bürgerliche Opposition die Klasse, um die und mit der sie sich müht, als »Fertigfabrikat« bereits vor sich, so muß die sozialistische Opposition um die Klasse, die sie vertritt, erst werben; sie muß die arbeitende Klasse erst zu der Höhe politischer und wirtschaftlicher Einsicht und zu jener klassenmäßigen Geschlossenheit hinanführen, ohne die die Klasse ihre letzten geschichtlichen Aufgaben nicht erfüllen kann. Das aber erreicht die proletarische Partei nur im Kampf; in klarster, einfachster und daher packendster Gegenüberstellung ihrer Interessen gegenüber dem Bestehenden sammelt sie ihre Scharen und eine klarere und einfachere Antithese gibt es nicht als die der Opposition. In ihr und durch sie wird eine Arbeiterpartei und Arbeiterbewegung gesund.

Und ohne auf Details eingehen zu wollen, glauben wir sagen zu dürfen: Diese Kur an der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei ist kein Luxus und kein müßiger Zeitvertreib.

Verantwortung und Regierung

Der Sieg der Sozialdemokratie in dieser Wahl ist unbestritten und unbestreitbar. Selbst wenn man zugibt, daß die parlamentarische Auswirkung der Stimmenzunahme der Sozialdemokratie sich dadurch verstärkt, wohl verdoppelt hat, daß die Bürgerlichen zu Hause geblieben sind – schlechtes Wetter, schlechte Laune, berechtigter Katzenjammer –, so ist doch die Tatsache des Stimmenzuwachses unbestreitbar. Und zwar verteilt sich dieser Stimmenzuwachs auf alle Bezirke; im einen mehr, im anderen weniger, in fast allen aber ist die Stimmenzahl gewachsen.

Wir möchten die Gründe für diesen Stimmenzuwachs nicht in erster Linie im Politischen suchen: weder bei uns, noch bei den Kommunisten. Die Wahlen haben hier lediglich zahlenmäßig das be-

stätigt, was alle Beobachter der Maifeiern feststellten: daß die Aktivität im Proletariat gewachsen ist. Die besseren Arbeitsverhältnisse (Rückgang der Arbeitslosigkeit), die sichtbaren Erfolge des gewerkschaftlichen Lohnkampfes in den vergangenen achtzehn Monaten haben im Proletariat ein Gefühl des Vertrauens in die eigene Kraft wiedererweckt, das ihnen im Jahre 1925 völlig verlorengegangen zu sein schien. Das ist ein geradezu klassischer Beweis dafür, wie in der sozialistischen Bewegung das eine mit dem anderen, die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen, diese gerade im revolutionären Sinn gemeint, zusammenfließt. Die gestiegene Aktivität der Arbeiterschaft hat in doppelter Hinsicht gewirkt: Zahlenmäßig in einer Steigerung der abgegebenen Arbeiterstimmen überhaupt; stimmungsmäßig in einem zwar lokal beschränkten, aber beträchtlichen Anschwellen der kommunistischen Stimmen; die Kommunisten gelten ja immer noch für wunder wie radikal.

Damit, daß unsere Fraktion in dieser Stärke in den Reichstag eingezogen ist, lastet ohne Zweifel eine große Verantwortung auf ihr. Es ist ja wohl auch niemand in der Sozialdemokratischen Partei, der meinte, wir könnten unserer politischen Aufgabe im Parlament auf die Fassung genügen, auf die die Kommunisten glauben, sie genügten der ihren. Sie verhalten sich im Parlament passiv, schauen, wie die Dinge kommen und wie sie gehen und reißen dann den Mund gewaltig auf. Wollten wir die Politik auf diese Weise treiben, so würden uns unsere Wähler mit noch viel größerer Sicherheit im Stich lassen, als wenn wir irgendeinen anderen politischen Fehler machten; es kann ja auch kein Zweifel sein, daß die relative Dauerhaftigkeit der Kommunistischen Partei auf der Arbeit beruht, die unsere Fraktion für das Proletariat leistet. Wir sind der Körper und jene der Schatten dazu.

Wenn also gesagt wird, daß uns unsere Zahl Verantwortung auferlege, so stimmt das. Es ist aber ein quid pro quo, eine Verwechslung von Begriffen, die nichts miteinander zu tun haben, wenn man Verantwortung gleichsetzt mit Anteilnahme an der Regierung. Wir waren jetzt seit 1923 nicht mehr in der Regierung; niemand wird behaupten, daß wir um dessentwillen verantwortungslos gehandelt haben. Im Gegenteil. Auch die Opposition trägt ihr Teil Verantwortung in vielen Fällen. Sie hat Verantwortung nach der positiven Seite hin – ansonsten Verdienst genannt – in vielen Fällen, in denen sie durch ihre Mittel dem Gegner Zugeständnisse abzwang, und wir konnten gerade im Wahlkampf auf solche Gewinne auf sozialpolitischem Gebiet hinweisen. Sie, die Opposition, hat auch Verantwortung im negativen Sinn; nie kann eine Opposition sich darauf berufen, das oder jenes habe der Gegner getan, wenn sie nicht zugleich dartun kann, daß sie all ihren möglichen Einfluß zur Verhinderung der unerwünschten Ereignisse eingesetzt habe. Die Geschichte der Deutschnationalen Partei lehrt eine Verantwortung nach dieser Richtung.

Welches aber die Mittel sind, mit denen eine Partei sich mit Verantwortung – im einen oder anderen Sinne – belädt, das auch hat die vergangene Legislaturperiode bewiesen. Wir haben doch im Grunde nur ein einziges politisches Machtmittel im Gegensatz zur Bourgeoisie, die viele hat. Unser einziges Machtmittel ist der Ruf an die ar-

beitenden Massen; wir wachsen in dem Maße, in dem sie zu uns kommen. Unsere Oppositionsstellung hat uns zu einem Erfolg verholfen in dieser Richtung, der kaum gehofft ward: Wir haben zum ersten Male größere Massen Zentrumsarbeiter von dem Blocke losgelöst. Wir haben also ein Doppeltes erreicht: Wir haben das Zentrum unter Druck gehalten und ihm Konzessionen abgerungen, und wir haben seine Arbeiter wirksam umworben. Wir haben also die positivste Arbeit geleistet, die eine Arbeiterpartei in Deutschland überhaupt leisten kann: Fortschritte zu machen – kleine oder große, tut hier nichts zur Sache – und zugleich die Fortschritte zu untermauern, indem wir die Arbeitermassen dann um uns sammeln.

Diese Methode ist nicht nur wirksam nach rechts, sie ist es auch nach links. Die Kommunisten sind stolz auf ihre Erfolge, und man kann das von ihrem Standpunkt aus verstehen. Aber wir haben schon zuviel kommunistische Siege gesehen, um nicht von ihrer Vergänglichkeit überzeugt zu sein. Die kommunistische Frage muß eines Tages einmal gelöst werden, und wir können sie nicht anders lösen als mit der Politik der tätigen Opposition. Und wir brauchen letzten Endes, zum vollen Sieg und zur wirklichen Macht auch diese Arbeiter.

Das also ist für uns alle keine Frage: Verantwortung – brauchen wir nicht zu übernehmen, die haben wir kraft unserer Zahl. Uns aber scheint die wahre Verantwortung, die auf lange Sicht und im Hinblick auf die Entwicklung der Klasse, nicht zu liegen in einer Teilnahme an einem Regiment, das unsere Kraft in der Wurzel trifft. Die wahre und große Verantwortung tragen wir in der Opposition.

Aus: Sozialistische Politik
und Wirtschaft (SPW)
vom 25. Mai 1928.